

Nicht mehr als zehn Millionen Einwohner

Schweiz. Mit der „Nachhaltigkeitsinitiative“ der SVP soll Bern das Bevölkerungswachstum drosseln. Das hätte eine Aufkündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU zur Folge. Die Umfragen deuten derzeit auf ein „Ja“ hin.



SVP-Nationalrat Thomas Aeschi wirbt mit einem Transparent für die Nachhaltigkeitssinitiative. Gian Ehrenzeller

VON DUYGU ÖZKAN

Wien/Bern. Die Webseite zeigt eine grüne Berglandschaft, eine zufriedene Kuh, zwei Schafe, eine Familie auf dem Wanderweg, gemütliche Bauernhäuser mit Geranien an den Balkonen und blitzende Gletscher im Hintergrund. Die Edelweiß-Romantik wird jäh von einer rot-weißen Schranke gestört. An einen Grenzposten erinnernd, ist ein Stoppschild darauf zu sehen, mit der Aufschrift: „Keine 10 Millionen Schweiz“. Es ist der Beiname der „Nachhaltigkeitsinitiative“, über die die Schweizer Bevölkerung voraussichtlich diesen Juni abstimmen wird.

Die Initiatoren der nationalkonservativen SVP führen eine „unkontrollierte Einwanderung in unser Land“ ins Treffen. In den vergangenen Jahren ist die Bevölkerung der Alpenrepublik stark angestiegen – bisweilen um 180.000 Menschen in einem Jahr – und hat bereits die Neun-Millionen-Marke geknackt. Die „Bevölkerungsexplosion“, heißt es, müsse gestoppt werden. Und dafür scheuen die Initiatoren keine Zahlenspiele: Bis zum Jahr 2050 darf die ständige Wohnbevölkerung zehn Millionen Menschen nicht überschreiten. Die Maßnahmen dafür sollen ab dem Zeitpunkt geltend ge-

macht werden, an dem die 9,5-Millionen-Marke erreicht ist. Und diese Maßnahmen sind durchaus weitreichend, sie würden etwa zur Aufkündigung der EU-Personenfreizügigkeit führen.

Umfragehoch für die Vorlage

Nur wenige Initiativen haben seit ihrer Lancierung für derart viel Gesprächsstoff gesorgt. Das Parlament debattierte in der vergangenen Session extensiv über Notwendigkeit und Gefahren der 10-Millionen-Schweiz. Der Bundesrat, somit auch seine SVP-Mitglieder, lehnten die Vorlage schließlich ab – und gaben diese Empfehlung auch an das Stimmvolk weiter. Denn ein „Ja“ gefährde den Wohlstand der Schweiz, ihre Sicherheit, ihre Wirtschaft und internationale Reputation.

Nur: Wenige Monate vor dem geplanten Urnengang erlebt die Nachhaltigkeitsinitiative Aufwind. Einer Umfrage des Instituts LeeWas zufolge würden 48 Prozent der Befragten mit einem „Ja“ antworten, 41 Prozent wären dagegen, weitere elf Prozent unentschieden. Ähnlich berichtet das Institut Sotomo: 48 Prozent „Ja“, und 45 Prozent „Nein“-Stimmen brachte die jüngste Umfrage zutage.

„Bewahren, was wir lieben“, steht etwa auf Transparenten, mit

denen die Anhänger für ein „Ja“ werben. Die Argumente der Initiatoren sind so knapp wie aufmerksamkeitsstark: Kollabierende Infrastruktur, knapper Wohnraum und hohe Mieten, steigende Kriminalität, da für die Mehrheit der Straftaten Ausländer verantwortlich seien (explizit werden „Probleme mit Asylanten aus muslimischen Ländern“ genannt), Ausnutzung des Sozialstaates, Gefährdung der Natur durch Bautätigkeit und Verlust der schweizerischen Kultur und Identität. „Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, bezieht Sozialhilfe“, steht etwa auf der Homepage zu lesen. Und: „Je mehr fremdsprachige Kinder, desto tiefer das durchschnittliche Bildungsniveau.“

Die Initiative, sagt der Historiker Damir Skenderovic von der Universität Fribourg, sei eine „Ablenkungsinitiative“: „Gesellschaftliche Herausforderungen wie steigende Mieten werden auf Asyl und Migration geschoben.“ Skenderovic beschreibt die aktuelle Kampagne als eine klassische Bedrohungsinitiative, wie es sie in der Schweiz bereits seit den 1970er Jahren öfters gab. Damals lancierte der rechtspopulistische Politiker James Schwarzenbach die „Initiative gegen Überfremdung“, die eine Zehn-Prozent-Grenze für Aus-

länder forderte. Nur knapp wurde die Vorlage abgelehnt. „Seither kommt das Thema einer Höchstgrenze für Ausländer immer wieder auf“, sagt Skenderovic – durchaus mit den Argumenten des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit. „Die Vermischung von Ökologie, Überbevölkerung und Rassismus hat eine lange Geschichte in der Schweiz“, sagt der Historiker. Ab den 1990er Jahren nahmen Initiatoren zu der Anti-Ausländer-Rhetorik auch europakritische Töne auf.

Gewerkschaft warnt

„Brandgefährlich“ sagt die größte Schweizer Gewerkschaft Unia zu der aktuellen Vorlage; denn die „SVP-Lügeninitiative“ drohe, den Arbeitnehmerschutz im Land gänzlich zu zersetzen. „Der Schutz der Schweizer Löhne würde wegfallen“, so die oberste Gewerkschafterin, Vania Alleva. Die EU-Personenfreizügigkeit ist in der Schweiz an sogenannte flankierende Maßnahmen (FlaM) geknüpft, die landesweit die Arbeitsbedingungen (etwa Einhaltung der Tarifverträge) kontrollieren. Die Initiative würde nicht nur die FlaM auflösen, warnt Unia, sondern auch ausländische Arbeitnehmer in das Saisonierstatut zurückversetzen. Die strengen Schweizer Saisonier-

gesetze – temporäre „Gastarbeiter“-Arbeitsbewilligungen – haben etwa keine Familienzusammenführung erlaubt. Erst in den vergangenen Jahren hat die Schweiz begonnen, die Schicksale der Saisoniers aufzuarbeiten. Das Saisonierstatut war ab den 1930er Jahren bis 2002 in Kraft.

Mit dem Ende der EU-Personenfreizügigkeit fiele die Schweiz im Übrigen auch aus den Dublin- und Schengen-Verträgen. Die Kantone lehnen die Initiative unter anderem mit dem Argument des Fachkräftemangels ab, der Wirtschaftsverband Economiesuisse sieht in der Initiative mehr Probleme als Lösungen.

Von „radikalen Zielen“ schreibt auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe. Geflüchtete würden 2,5 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung ausmachen und seien daher ein Sündenbock, darüber hinaus zeige die Spruchpraxis, dass 70 bis 80 Prozent der Geflüchteten tatsächlich schutzbedürftig seien. Für die Flüchtlingshilfe wiegt schwer, dass mit der Initiative auch internationale Verträge aufgekündigt würden: Der UNO-Migrationspakt und justament die von der Schweiz mitverhandelte Genfer Flüchtlingskonvention. Der Status der Geflüchteten in der Schweiz wäre somit vollkommen offen.

Infektion. Zwei Krankenpflegerinnen infizierten sich in Westbengalen mit dem häufig tödlich verlaufenden Virus. Impfstoffe oder eine wirksame Behandlung gibt es nicht.

Zwei Fälle des Nipah-Virus in Indien: Südostasien verschärft Kontrollen

Hyderabad. Nach dem Nachweis von zwei Fällen des Nipah-Virus in Indien haben mehrere südostasiatische Länder ihre Kontrollen für Einreisende verschärft. Neben Thailand und Malaysia kündigte am Mittwoch auch Singapur Maßnahmen an, etwa Fiebermessungen am Flughafen bei Passagieren aus der Region oder die Einrichtung spezieller Parkpositionen für Flugzeuge. Malaysia will die Gesundheitskontrollen an den internationalen Grenzübergängen verstärken. Auch an japanischen Flughäfen kommen Thermoscanner zum Einsatz, Reisende aus betroffenen Regionen mit Symptomen wie Fieber oder Atembeschwerden müssen mit einer Befragung durch den Quarantänedienst rechnen.

In Indien selbst sind seit Dezember zwei Infektionen im östlichen Bundesstaat Westbengalen nachgewiesen worden, wie das Gesundheitsministerium am Dienstag mitteilte. Das Ministerium warnte zugleich vor „spekulativen und fal-

schen Zahlen“, die im Umlauf seien. Die Behörden hätten 196 Kontaktpersonen ermittelt. Keine von ihnen zeige jedoch Symptome, und alle seien negativ auf das Virus getestet worden.

Virus in Flughunden

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt die Sterblichkeitsrate bei einer Nipah-Infektion auf 40 bis 75 Prozent. Sie stuft das Virus wegen seines Potenzials, eine Epidemie auszulösen, als Krankheitserreger mit hoher Priorität ein. Die seltene, aber schwere Erkrankung wird durch das Nipah-Virus ausgelöst, das in Flughunden vorkommt und auf andere Tiere sowie den Menschen übertragen werden kann. Es gibt weder einen Impfstoff noch eine wirksame Behandlung für die Krankheit.

Eine Übertragung von Mensch zu Mensch sei bei engem Kontakt durch Tröpfchen aus der Atemluft, Husten oder Niesen möglich. Eine Infektion kann symptomlos oder mild ver-

laufen. Es sind aber auch akute Atemwegserkrankungen und tödliche Entzündungen des Gehirns möglich. Die Viren können nach Angaben des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin in Hamburg auch durch den Verzehr von unzureichend gegartem Schweinefleisch oder anderen tierischen Produkten übertragen werden oder auch durch das Trinken von rohem Dattelpalmensaft oder anderen Baumsäften, die mit Fledermauskot kontaminiert seien.

Vereinzelte Nipah-Ausbrüche gab es in den vergangenen Jahren immer wieder. In Westbengalen seien jetzt zwei Krankenpflegerinnen betroffen, die im Dezember zusammen in einem etwa 25 Kilometer nördlich von Kolkata entfernten Privatkrankenhaus gearbeitet hätten, sagte ein Beamter der Gesundheitsbehörde des Bundesstaats. Sie werden derzeit behandelt. Es werde vermutet, das Virus könnte von einem ungetesteten Patienten, der gestorben sei, übertragen worden sein. (ag.)

GASTKÜNSTLER: WIE HOTELS DEN AUFENTHALT ZUM KUNSTERLEBNIS MACHEN

MORGEN IN DER NEUEN AUSGABE DES „SCHAUFENSTER“

Die Presse